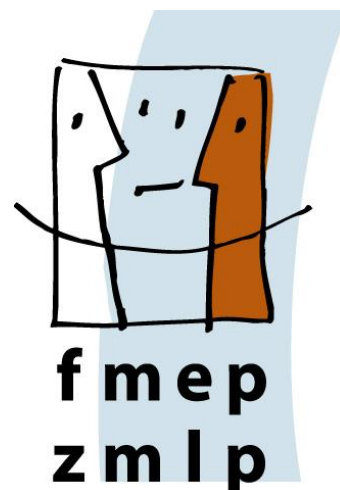


DV des ZMLP am 12.11.2016



# Medienmitteilung

## ZMLP fordert Umsetzung einer gesamtheitlichen Personalpolitik

*Anlässlich seiner Delegiertenversammlung vom Samstag 12. November formulierte der Zentralverband der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis (ZMLP) seine Erwartungen, bezüglich der Umsetzung einer gesamtheitlichen Personalpolitik für die Staatsangestellten, an die Walliser Politik. Die sich wiederholenden unüberlegten konzeptionslosen politischen Attacken auf die Arbeitsbedingungen der Staatsdiener gefährden die Attraktivität des Staates als Arbeitgeber. Auf dem zunehmend hartumkämpften Arbeitskräftemarkt wird es für den Staat Wallis immer schwieriger, gut qualifiziertes Personal anzustellen oder zu halten. Schon heute fehlt es ihm an genügend Bewerbungen für gewisse Berufsgruppen. Leidtragende dieser Negativentwicklung sind schlussendlich Einwohner und Wirtschaft des Kantons Wallis, indem sie mit einer Qualitätsminderung von Leistungen oder sogar deren Streichung rechnen müssen. Der ZMLP fordert deshalb eine gesamtheitliche Sichtweise durch die Politik, die die 3 Pfeiler: Lohn-, Arbeitsbedingungen und Pensionskasse umfasst.*

## **Übertriebene Sparwut**

Erfolgreich wurde in den letzten Jahren eine Finanzkrise des Staates Wallis heraufbeschworen. Noch bevor das erste Sparpaket volle Wirkung zeigte, wurde bereits ein Zweites, „Prüfung Aufgaben und Strukturen (PAS2)“, geschnürt. In der Folge verzeichnete die Staatsrechnung 2015 einen hohen Gewinn von über 140 Millionen Franken\*. Ebenfalls konnten innert kürzester Zeit die beiden Defizite der Jahre 2013 und 2014 amortisiert werden. Für die Staatsrechnung 2016 wird ein noch höherer Gewinn erwartet und für 2017 wartet man mit einem Bilderbuchbudget mit Rekordinvestitionen auf.

Wirkung von übertriebener Sparwut erkennt man auch in den Bundesfinanzen. Anstatt eines budgetierten Defizites von 500 Mio. Franken, erwartet der Bund nun für die Bundesrechnung 2016 einen Gewinn von 2 Milliarden Franken.

## **Die Zitrone ist ausgepresst!**

Die übertriebene Sparwut der Walliser Politik haben insbesondere auch die Mitarbeitenden des Staates Wallis zu spüren bekommen. Seit dem Jahr 2000 haben die Staatsangestellten rund 1 Milliarde an Einsparungen erbringen müssen. Personalstopp, Einführung von Anlaufstufen und Warteklassen im Lohnsystem, Erhöhung Rentenalter, Primatwechsel in der Pensionskasse usw. sind nur einige von zahlreichen Massnahmen, die das Staatspersonal über sich hat ergehen lassen müssen.

Mit der Anwendung eines Koeffizienten von 0,6 auf gewissen Lohnbestandteilen wurde die erduldbare Schmerzgrenze der effizientesten und treuesten Staatsdiener überschritten. Umgerechnet bedeutet diese Anwendung des Koeffizienten von 0,6 bei den besten Mitarbeitern, dass sie zwischen 4-6 Tagen gratis für den Staat arbeiten. Zusätzlich schmerzt eine solche unangebrachte Massnahme, im Wissen, dass das Personal der Staatsverwaltung inklusive der Polizei, mit einer Unterdotierung von 15% gegenüber vergleichbaren Kantonen oder dem Schweizer Durchschnitt, arbeitet.

## **Keine weiteren Massnahmen auf dem Buckel der Staatsangestellten**

Die Entwicklung der Staatsfinanzen ist alles andere als alarmierend, - ja sie ist sogar gut. Das Staatspersonal hat bereits rund 1 Milliarde an Sparmassnahmen über sich ergehen lassen müssen. Der Staat verliert zunehmend an Attraktivität als Arbeitgeber und steht im Arbeitskräftemarkt vor grossen Herausforderungen. Die stark wachsende Bevölkerung (über 40'000 in den letzten 10 Jahren) verlangt qualitativ und quantitativ immer mehr Leistungen des Staates. All diese Rahmenbedingungen stehen im krassen Widerspruch zur aktuellen politischen Umsetzung in der Personalpolitik.

## **Künftige grosse Herausforderung Pensionskasse der Staatsangestellten**

Die Attraktivität des Staates als Arbeitgeber beruht auf dem Lohnsystem, den Arbeitsbedingungen (Arbeitsstunden, Ferien, Freitage usw.) sowie der Pensionskasse. Hinsichtlich der Pensionskasse der Staatsangestellten muss leider davon ausgegangen werden, dass der Arbeitnehmer aufgrund der ständig wachsenden Lebenserwartung und den sinkenden Renditen, ein weiteres Mal schmerzhaft Einbussen in Kauf nehmen muss. Somit wird das Gesamtpaket, welches die Attraktivität des Arbeitgebers ausmacht, nochmals zusätzlich geschwächt.

## **Fairer Vergleich zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst**

Oft stehen im Saal des Grossen Rates, ebenso am Stammtisch, die Bedingungen der Arbeitnehmer des Staates im Vergleich zur Privatwirtschaft zur Debatte. Dabei werden Äpfel mit Birnen verglichen. Es versteht sich von selbst, dass dabei ein Vergleich des Staates als Arbeitgeber von rund 10'000 Angestellten nicht mit einem Treuhandbüro mit 15 oder eine kleine Bauunternehmung mit 10-20 Mitarbeitenden verglichen werden darf. Der Staat steht auf dem Arbeitskräftemarkt in Konkurrenz mit der Bundesverwaltung, anderen Kantonsverwaltungen, mit grossen Unternehmen wie UBS, SWISSCOM, LONZA usw.

Der ZMLP fordert deshalb einen fairen Vergleich zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst. Dabei gilt es die Bedingungen einer vollständigen Berufskarriere auf verschiedenen Stufen (Topkader, mittleres Kader, Mitarbeitende) zu vergleichen und zwar basierend auf den 3 Pfeilern, Lohnsystem, Arbeitsbedingungen und Pensionskasse.

## **Erwartungen des ZMLP**

Anlässlich seiner Delegiertenversammlung vom vergangenen Samstag hat der ZMLP seine Erwartungen (siehe Beilage) den beiden anwesenden Staatsräten Maurice Tornay und Oskar Freysinger stellvertretend an die Walliser Politik übergeben. In 7 formulierten Punkten wehrt sich der ZMLP dabei gegen weitere Sparmassnahmen auf dem Buckel der Angestellten und verlangt die Kompensation der durch die ungerechtfertigte Anwendung des Koeffizienten von 0,6, erfahrenen Lohneinbussen.

\*Inklusive Zuweisung in den Kompensationsfonds für Ertragsschwankungen

**Beilage:** Erwartungen des ZMLP an die Walliser Politik, anlässlich seiner DV vom 12.11.2016

**Für mehr Informationen:** Die ZMLP-Präsidentin Marylène Volpi Fournier und der ZMLP-Direktor Urs Zenhäusern halten sich unter 078 607 11 06 und unter 079 449 36 31 zu Ihrer Verfügung.